

zusammen. Alle, die schon vermittelt waren, mussten feststellen, dass plötzlich die ihnen schon zugesicherte Arbeitsstelle vielleicht gar nicht mehr existierte oder jedenfalls sagte: „Bei uns wird auf keinen Fall mehr eingestellt“. Das war für die übrigen Absolventen eine wirklich schwierige Situation. Ich selber wäre ja sowieso nicht vermittelt worden. Ich war nicht regulär immatrikuliert und lief somit auch nicht über die Absolventenkommission.

*Weil: Hat die Wende Ihre Diplomarbeit beeinflusst, thematisch, aber auch hinsichtlich des Aufbaus? An die Arbeiten wurden ja mehr oder minder doch auch immer bestimmte Anforderungen gestellt. Ich weiß nicht, wie es bei der Germanistik war, aber man musste eventuell bestimmte Theorieansätze, die eine marxistisch-leninistische Grundlage hatten, verwenden. Hat sich das in diesem Jahr schon verändert oder spielte es für Sie sowieso keine Rolle, weil Sie ohnehin nicht so an Ihre Arbeit herangegangen sind?*

N. N.: Für mich hat es keine Rolle gespielt.

*Weil: Hatten Sie eine Stasiakte und wenn ja, hat es darin Verbindungen mit der Universität Leipzig gegeben? Und hat sich im Rückblick durch das Lesen der Akte Ihr Blick auf die Universität während Ihres Studiums verändert?*

N. N.: Meine Stasiakte war sehr dünn. Es gab darin keine Verbindung zur Universität. Bei meiner Akteneinsicht habe ich allerdings nicht ausdrücklich nach der Universität gefragt.

### Interview mit Dr. Peer Pasternack am 4. August 2008

*Weil: Sie haben in Leipzig studiert. Wie sind Sie nach Leipzig gekommen?*

Pasternack: Ich wohnte in Halle und wollte eigentlich Germanistik oder Kulturwissenschaft studieren. Ich bewarb mich für beides in zwei aufeinanderfolgenden Jahren und erfuhr jeweils eine Ablehnung. Damals war ich Berufskraftfahrer, LKW-Fahrer, gehörte also insofern der sogenannten herrschenden Klasse der DDR an. Das nützte aber für diese Studienbewerbungen nichts. Für diese damals sehr attraktiven Studiengänge Germanistik und Kulturwissenschaft bewarben sich seinerzeit wohl immer so 200 Bewerber je Studienplatz. Ich hatte ein Volkshochschulabitur, ein Abitur, das man auf dem zweiten Bildungsweg, im Abendkurs, erwerben konnte, und keinerlei einschlägige Erfahrungen, wie Verlagspraktika oder dergleichen. Damit war ich offenkundig chancenlos. Man konnte sich in der DDR nur für jeweils ein Studienfach bewerben, und musste dann man wieder ein Jahr auf die nächste Gelegenheit warten. Ich war inzwischen 24 Jahre alt und dachte mir, dann bewerbe ich mich jetzt für etwas, das ich eigentlich vermeiden wollte. Ursprünglich hatte am Anfang meiner Überlegungen gestanden: Ich interessiere mich für Politik und möchte gern Politikwissenschaft studieren. Nur – die gab es in der DDR nicht. Es gab aber einen Studiengang, der von den Inhalten her am ehesten das war, was Politikwissenschaft in Westdeutschland ausmachte. Dieser Studiengang hatte die ziemlich grausame Bezeichnung „Wissenschaftlicher Kommunismus“. Wenn man das heute jemandem erzählt, denkt der, das müsse wohl das Pendant zu so etwas wie einem „Wissenschaftlichen Nationalsozialismus“ gewesen sein. Deswegen ist das für heutige Ohren kaum noch erträglich, zumal man dann auch gelegentlich gefragt wird, ob man dort einen Abschluss als „Diplomkommunist“ erlangt habe. Jedenfalls dachte ich mir damals, ich könne mich ja nun nicht ewig auf unrealistische Studiengänge hin bewerben und immer noch ein Jahr länger arbeiten, weil es erneut nicht geklappt hat.

Ich bewarb mich also dann für diesen Marxismus/Leninismus-Studiengang, und es gab auch ein sogenanntes Eignungsgespräch. Das war aber offensichtlich nur gestellt. Es gab faktisch nur eine Frage, die tatsächlich diskutiert wurde, nämlich wie denn das mit der Parteimitgliedschaft sei – weil alle, die sich für diesen Studiengang bewarben, üblicherweise Mitglied der SED waren, ich aber nicht. Die wollten eigentlich nur wissen, ob ich gedenke, dies mein ganzes Leben lang so zu halten. Da konnte ich sie aber praktisch beruhigen, indem ich sagte: „Ich denke darüber nach.“ Das hat denen genügt. Ich vermutete deshalb, weil 1987, wie ich dann später erfuhr, dieser Studiengang nicht gerade unter einem Bewerberansturm litt. Das wiederum war auch in der DDR eine heikle Sache, weil es auch bei der Auslastung von Studienplätzen Planzahlen gab. Wenn die nicht erfüllt wurden, gab es Nachfragen von der universitären Obrigkeit. Die hatten also offenkundig das Problem, dass sie so richtig gar niemanden ablehnen konnten, da sie ohnehin nicht ausgelastet waren.

Außerdem flatterte ihnen mit mir ja das seltene Exemplar eines Angehörigen der Arbeiterklasse in ihren Studiengang. Das konnte man auch nicht so leichtfertig ablehnen.

So begann ich also dieses Studium. Zum Teil war es interessant, aber nur deshalb, weil es ein gesellschaftswissenschaftliches Mixstudium war, das Lehrveranstaltungen aus Philosophie, Ökonomie, Geschichte und Soziologie und dann natürlich hauptanteilig aus diesem sogenannten Wissenschaftlichen Kommunismus verband. Die letzteren waren in der Regel eine Zumutung. Es gab zwei Ausnahmen. Das waren die Lehrveranstaltungen von Jürgen Kübler, was sicherlich auch daran lag, dass der eigentlich kein „Wissenschaftlicher Kommunist“ war, sondern Historiker und Markov-Schüler, und es waren die Veranstaltungen zur Ideengeschichte, soweit sie von Assistenten gehalten wurden. Ansonsten gab es Vorlesungen und Seminare, die nur mit Mühe zu ertragen waren. Ich habe dann die Konsequenzen daraus gezogen, indem ich mich sehr schnell – begünstigt durch Bekanntschaften mit Kommilitonen anderer Studienrichtungen – von dieser Sektion wegorientiert habe, vornehmlich hin zur Sektion „Marxistisch-leninistische Philosophie“, aber auch zur Germanistik. Ich hatte das große Glück, dass ich mich bereits ab dem zweiten Semester in ein Oberseminar zum DDR-Roman einklinken und so auch meine germanistischen Interessen bedienen konnte. Germanistikstudierende zeichneten sich auch damals dadurch aus, dass sie vornehmlich über Bücher reden, die sie nicht gelesen hatten. Ich, weil ich so erfreut war, überhaupt daran teilnehmen zu können, las die Bücher tatsächlich immer, und das verschaffte mir einen Vorteil, der manches fachliche Defizit ausglich.

Dann kam etwas anders hinzu: Die DDR hatte in den 80er Jahren die Elitförderung entdeckt. Es gab z. B. auch bei der Leipziger Soziologie und in der Erziehungswissenschaft eine Kreativitätsforschung. Dort wurde, wohl erstmals ernsthaft in der Geschichte der DDR, darüber diskutiert, dass es sowohl in der Schule als auch im Hochschulbereich nicht nur Überforderung von Schülern und Studierenden geben kann, sondern auch Unterforderung, und dass man, wenn man die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft entwickeln will, auch auf Unterforderung reagieren müsse. Es war also Abhilfe zu schaffen. Die DDR war ja ein sehr preußisch-bürokratischer Staat. Die Abhilfe war dann etwas, das wir heute Zielvereinbarung nennen. Es wurden sogenannte Leistungsverträge mit Studierenden abgeschlossen, die sehr gute Studienleistungen zeigten. Letzteres war durch Leistungsstipendien in drei Stufen auch dokumentiert. Diese Leistungsverträge sollten die Studierenden frühzeitig auf eine Promotion hin orientieren. Die Kreativitätsforscher und Erziehungswissenschaftler hatten gesagt, dass man damit nicht früh genug anfangen könne. Deshalb traf mich dieses glückliche Schicksal bereits im dritten Semester. Nach dem ersten Studienjahr war sozusagen klar: Der Pasternack muss auf eine Promotion hin orientiert werden, also ist der ein Kandidat für so einen Leistungsvertrag. Dessen Inhalt bestand darin, dass man Lehrveranstaltungen aus dem normalen Studienplan abwählen konnte und gleichzeitig andere, in der Regel aus dem Lehrangebot anderer Sektionen, auswählte. Dabei wurde natürlich davon ausgegangen – da es sich ja um besonders leistungsfähige Studierende

handelte –, dass mehr zu- als abwählt wird. Außerdem war es damit verbunden, dass das Thema der Diplomarbeit klar sein sollte, weil aus dieser heraus strategisch die Dissertation entwickelt werden sollte. Zu diesem Vertrag kam es jedoch nicht ganz ohne Holprigkeiten. Ich hatte mich während des ersten Studienjahres breit informiert, wo denn interessantere Lehrveranstaltungen als an meiner Heimatsektion stattfinden. Dabei entdeckte ich, dass es Leute an der Universität gab, die sich mit den Kirchen in der DDR befassten. Die saßen aber nicht in unserer Sektion, sondern bei den Philosophen und an der Sektion Marxismus/Leninismus. Das interessierte mich, weil ich schon vor meinem Studium regelmäßig bei der Offenen Arbeit der evangelischen Kirchen in der DDR war. Es brachte mir plötzlich und unerwartet die Möglichkeit, einen Bereich, in dem ich mich ohnehin in einem Teil meines Lebens bewegte, zugleich zum Gegenstand meiner wissenschaftlichen Arbeit machen zu können. Das wiederum würde den Vorteil haben, dass ich mich sozial legitimiert in diesem anderen Teil bewegen kann. Denn ein Marxismus/Leninismus-Student, der nicht in der Partei war und gleichzeitig noch zu Kirchenveranstaltungen rannte, galt als irgendwie suspekt. In dem Augenblick aber, in dem ich das zu meinem wissenschaftlichen Thema machte, konnte ich es gewissermaßen zu meinem offiziellen Studienauftrag deklarieren, diese Veranstaltungen zu besuchen. Auf jeden Fall suchte ich den Kontakt zu den entsprechenden Leuten an der Uni, fand ihn auch und erarbeitete mir dann ein tatsächlich politikwissenschaftliches, also kein ML-Diplomthema.

Die evangelischen Kirchen wurden damals schon relativ gut untersucht. In der DDR gab es einige Leute, die sich mit ihnen befassten. Womit sich kaum jemand befasste, war die katholische Kirche. Das Interessante für mich nun war: Es gab auch in der DDR eine Theorie des politischen Systems. In dieser „Theorie der politischen Organisation der DDR“ kamen die Kirchen nicht vor. Das war einerseits korrekt, denn die Kirchen sahen sich selbst nicht als politische Akteure, jedenfalls nicht im sozialistischen System der DDR. Gleichzeitig waren sie aber politisch wirksam, bezogen politische Stellung und waren ein politischer Faktor, selbst wenn sie unpolitisch sein wollten. Letzteres traf besonders für die Katholiken zu. Sie waren sehr auf Distanz zum Staat bedacht. Zu dieser Distanz gehörte auch, dass sie gewissermaßen gar nicht von der Politik kontaminiert werden wollten und es den Protestanten auch immer gern zum Vorwurf machten, dass diese so heikle Gratwanderungen betrieben. Die Katholiken waren also ein fast unerforschtes Thema, und zumindest als politischer Akteur waren sie völlig unerforscht. Damit hatte ich ein Thema gefunden, mit dem ich groß herauskommen wollte, wie ich damals in meiner Naivität dachte. Meine Ausgangsfrage war: Wieso kann man ein politisches System modellieren, in dem wesentliche Akteure, die politisch wirksam sind, nicht vorkommen?

Das war aber nun an meiner Sektion überhaupt nicht zu bearbeiten. Ich musste mir also andernorts einen Betreuer suchen. Den fand ich an der Sektion Philosophie. Dort gab es eine kleine Arbeitsgruppe, die nannte sich damals noch „Wissenschaftlicher Atheismus“, hat sich dann aber in „Marxistisch-leninistische Religionswissenschaft“ umbenannt. Und es

bestand eine Forschungsgruppe an der Sektion Marxismus/Leninismus unter einem untypischen ML-Professor, Bernd Okun, der nicht dem Klischee des dogmatisch-verknöcherten MLers entsprach. Er war zu diesem Zeitpunkt auch erst 39 Jahre alt und hatte für DDR-Verhältnisse relativ früh durch die Protektion seines Lehrers Dieter Wittich diese Professur bekommen. Wittich sollte auch für mich noch eine Rolle spielen. Jedenfalls konnte ich Okun gewinnen, meine Arbeit zu betreuen. Daraufhin ging ich zu meiner Sektion und sagte denen, wo ich meine Arbeit schreiben wolle, weil dort die Experten für mein Thema sitzen. Dann haben die das in irgendwelchen Gremien beraten. Wochen später wurde ich zu einem Gespräch einbestellt. Mir wurde eröffnet, das Thema sei ja sehr interessant, passe aber nicht an die Sektion, und es werde ja doch angestrebt, dass man seine Arbeit an der eigenen Sektion schreibe. Aber es gebe ja hier die Forschungsgruppe „Sozialistisches Parteiensystem“. Da hätten wir doch die CDU, und ich könne das Thema anhand der CDU bearbeiten. Also: Entweder hatten die das Thema, das ich bearbeiten wollte, nicht verstanden oder sie hatten es zu gut verstanden. Mir ging es ja nicht darum, einen politischen Akteur zu behandeln, der bereits in der Konzeption von der politischen Organisation der DDR vorkam, sondern ich wollte eine Leerstelle bearbeiten. Abgesehen davon konnte man sich kaum einen langweiligeren Forschungsgegenstand als eine der Blockparteien vorstellen. Empirische Arbeit war diesbezüglich faktisch nicht drin. Das wäre vielleicht noch interessant gewesen, zumindest wenn man die Ergebnisse dann auch hätte veröffentlichen können.

Jedenfalls stellte ich daraufhin einen Antrag auf Fachrichtungswechsel zur Philosophie. Das war nun wieder etwas ganz Ungewöhnliches und sorgte für helle Aufregung, weil so ein Antrag zu Anfragen der Universitätsleitung führte: Was ist denn an dieser Sektion los, dass da jemand den Studiengang wechseln will? Wieso können die ihre Probleme nicht vorher klären? Da muss doch irgendetwas dahinterstecken. Solche Fragen wollte man tunlichst vermeiden. Deshalb wurde mein Antrag erst einmal nicht weitergereicht. Es liefen Gespräche hinter den Kulissen mit meinen Betreuern aus den anderen beiden Sektionen. Dann traf ich zufällig den stellvertretenden Sektionsdirektor für Erziehung und Ausbildung. Das war ein Soziologe, und die Soziologen waren an der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus eher untergeordnet. Die fühlten sich da auch nicht sehr wohl. Dem stellvertretenden Direktor ging es nun schlicht auf den Senkel, sich mit irgend so einem Problem herumschlagen zu müssen, das sich die Wissenschaftlichen Kommunisten selbst produziert hatten. Er sagte zu mir: „Herr Pasternack, mit diesem Antrag, das hätte doch nun wirklich nicht sein müssen. Das hätten wir doch irgendwie anders klären können.“ Es handelt sich übrigens um einen der wenigen Soziologen, die immer noch da sind, also den Strukturumbau überlebt haben, ein sehr sympathischer Mann. Ich antwortete ihm, ich wolle ja eigentlich nicht Philosophie studieren. Das wollte ich wirklich nicht, denn ich hätte noch einmal ein Jahr verloren, da ich zurückgestuft worden wäre, um Lehrveranstaltungen nachzuholen. „Wenn das mit der Diplomarbeit und der Betreuung geregelt wird, so wie ich

das vorgeschlagen habe, dann bin ich der Letzte, der den Antrag nicht zurückzieht.“ Daraufhin meinte er, er werde sich darum kümmern. Eine Woche später konnte er mir sagen: „Es geht alles klar, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen.“ Jetzt musste ich die Vorleistung erbringen, den Antrag zurückziehen, obwohl ich natürlich nichts in der Hand hatte. Ich musste mich auf sein Wort verlassen, aber das war mein Anteil an der Lösung und Entschärfung dieses Konflikts. Man muss auch sagen, es war in der DDR nicht so typisch, dass man sich bereits während des zweiten Studienjahres solche Konflikte organisierte. Aber ich war eben zuvor sechs Jahre LKW-Fahrer gewesen, und das hatte mich schon etwas immunisiert gegen manche Zumutung.

Jedenfalls haben sie sich daran gehalten, es ging dann, und ich habe nach 1989 erfahren, wie es funktioniert hatte. Der akademische Lehrer meines Betreuers Okun bei der ML-Sektion, Dieter Wittich, war seit 1978 Dekan der Philosophischen Fakultät. Die Fakultäten spielten in der DDR seit der Dritten Hochschulreform fast keine Rolle mehr, sondern waren nur noch für Dissertationen, Habilitationen und Ehrenpromotionen zuständig. Wittich war von Hause aus Erkenntnistheoretiker und in das Wissenschaftssystem der DDR sehr integriert; indem er Dekan war, hatte er auch an der Uni eine Funktion, was zugleich hieß, dass er keine andere übernehmen musste. Die Konflikte, die er auch hatte, waren immer eher Konflikte fachlicher Art, weniger politische. Solche versuchte er zu vermeiden. Gleichzeitig sagte er mir auch einmal: „Ich bin jetzt zu alt, um noch Revoluzzer zu werden. Das einzige, was ich tun kann“ – und das tat er auch, wie ich bestätigen kann – war, dass er seinen politisch sehr breiten Rücken dazu benutzte, jungen Leuten Chancen zu geben, die vielleicht andernorts keine gehabt hätten. Es war an der Universität Leipzig bekannt: Wer ein heikles Thema hat, das niemand betreuen will, der geht zu Wittich. Er betreut es, egal ob er davon Ahnung hat oder nicht. Viele heikle Themen wurden also durch Wittichs breiten Rücken abgeschirmt. Weil er Dekan war, hatte er auch immer die entsprechenden Machtressourcen in der Hand, um diese Dissertationen dann auch erfolgreich durch die Gremien zu navigieren.

Die Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus hatte sich dann auch an ihn gewandt und gesagt: „Der Pasternack will unbedingt zu dem Okun. Der ist aber nicht in der Partei. Man kann doch an der Sektion ML keinen Studenten fördern, der nicht in der Partei ist.“ Darauf Wittich: „Das klären wir noch. Das braucht noch ein bisschen Zeit, aber den Leistungsvertrag könnt ihr schon mal mit ihm machen.“ Der Dekan hatte gesprochen. Damit war die Sache gegessen. Damit legte man mir an meiner Heimatsektion keine Steine mehr in den Weg. Ab dem Zeitpunkt besuchte ich nur noch die Pflichtveranstaltungen, die ich per Leistungsvertrag nicht hatte abwählen können. Das war 1988/89. Ab dem Sommer 1989 habe ich dann allerdings praktisch nicht mehr studiert. Ich machte, auch zum Nachteil meiner fachlichen Ausbildung – wie ich heute manchmal noch merke –, bis zu meinem Studienabschluss 1994 nur noch das Nötigste, damit die Formalitäten eingehalten wurden. Ansonsten war meine Zeit mit Hochschulpolitik ausgefüllt.

Generell fand ich es biographisch sehr interessant: Wenn man einen Beruf erlernt und sechs Jahre darin gearbeitet hat, dann ist man insgesamt acht Jahre in einem Wirtschaftsbetrieb gewesen. Wenn man dann noch, wie ich, Berufskraftfahrer war, lernte man im Laufe der Jahre sämtliche Wirtschaftsbereiche der DDR kennen, weil überallhin mal etwas zu transportieren war. Dort sah ich, dass es an faktisch allen Ecken zusammenbrach. Das Faszinierende war zu sehen, wie ein System, dessen Einzelelemente alle am Zusammenkrachen sind, irgendwie eine Gesamtstabilität aufrecht zu erhalten vermag – jedenfalls bis 1989. In der marxistischen Begrifflichkeit gesprochen lernte ich bei meiner Arbeit die Basis kennen, und nachdem ich 1987 an die Universität gekommen war, habe dann die letzten Jahre der DDR noch den Überbau in Gestalt der wissenschaftlichen und ideologischen Apparate näher kennenlernen können. Das war ein Kontrast. Auch im „Überbau“ brach überall etwas zusammen, der Putz rieselte an allen Ecken. Aber einerseits gab es Liberalisierungstendenzen, die andererseits von einer gegnerischen Fraktion gekontert wurden. An meiner Heimatsektion waren vornehmlich Leute, die zu dieser Hardcorefraktion gehörten. Die Betreuer, die ich mir für meine Dissertation gesucht hatte, waren eher die anderen. Das war schon interessant, zu beobachten, wie die versuchten, sich gegenseitig den Rang an der Universität streitig zu machen.

Dann gab es noch eine ergänzende fachliche Einbindung, die ich wiederum durch mein Forschungsthema legitimieren konnte. Ab dem dritten Semester war ich bei Detlef Pollack in dessen religionssoziologischem Oberseminar an der Sektion Theologie. Das war eine schöne Ergänzung. Ich war bei den Philosophen im Oberseminar „Religionswissenschaft“, bei den Philosophen an der Sektion Marxismus/Leninismus im Forschungsseminar „Erkenntnistheorie“ und habe dort meinen unmittelbaren Betreuer gehabt zum Thema „Die katholische Kirche in der DDR als politischer Akteur“, und außerdem habe ich die beiden Oberseminare bei den Germanisten und den Theologen besucht. Das letzte stand nicht in meiner Leistungsvereinbarung, aber meine Teilnahme war bekannt. Ich konnte das ja mit meinem Thema begründen. Zudem: Die DDR hatte nun mal in den 50er Jahren die Grundentscheidung getroffen, dass die Pfarrerausbildung an den staatlichen Universitäten bleibt und nicht in eine eigenständige Hochschule verlegt werden muss. Da wäre es nun sehr merkwürdig gewesen, wenn man an einer Sektion der eigenen Universität, auch wenn es die theologische ist, keine Veranstaltungen hätte besuchen können. Aber man muss wohl sagen, dass es zehn Jahre früher wahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre.

Ich hatte mir also nach einem Jahr glücklicherweise ein völlig anderes Curriculum organisieren können. Das war extrem atypisch. Ich habe dadurch auch vom Innenleben meiner Sektion relativ wenig mitbekommen. Das änderte sich erst, als sie das Institut für Politikwissenschaft war. Da war ich Studentensprecher der Universität. Ich wurde dann sowohl von den alten Lehrkräften der Sektion wie auch von den neuen Gastlehrkräften sozusagen als Adapter in die laufenden Umgestaltungsdiskussionen geholt. Das war schon faszinierend, denn ich war ja zu der Zeit immer noch Student. Das war die Zeit 1990 bis 1992/93.

*Weil: Haben Sie Ende der 80er Jahre innerhalb der Gesellschaftswissenschaften Liberalisierungstendenzen festgestellt? Welche Rolle spielte Gorbatschow?*

Pasternack: Ich habe mich im Nachhinein auch oft gefragt, ob es überhaupt so etwas wie tatsächliche Liberalisierung innerhalb der Universität gegeben hatte. Zum Zeitpunkt meines Studienbeginns war Gorbatschow zwei Jahre im Amt, hatte sich gerade mühsam konsolidiert. Er war ein Hoffnungsträger. Und damals ich habe mich oft gefragt: Wie muss es eigentlich vor 1985 gewesen sein, als man noch nicht diese Bezugsperson hatte? Soweit ich aus Gesprächen weiß, hat Gorbatschow in Diskussionen vieles leichter gemacht und Leute wie etwa Okun dazu animiert, offensiver aufzutreten, währenddessen sie vorher nichts eigentlich anderes gesagt haben, es aber anders gesagt haben – noch kodierter, mehr umschreibend. Das muss wohl der Unterschied gewesen sein. Gorbatschow spielte für die gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen eine zentrale Rolle. Ich erinnere mich daran, dass es 1987 dieses „Stern“-Interview mit Kurt Hager gab, und Hager dort den Satz sagte: „Wenn mein Nachbar tapeziert, dann muss ich doch nicht auch anfangen zu renovieren.“ Das wurde im Wissenschaftlichen Kommunismus als wissenschaftliche Aussage gelesen. Jetzt hatten die Hardliner endlich eine passende Erklärung, nachdem vorher die SED-Führung zu den Entwicklungen in der Sowjetunion immer geschwiegen hatte. Das war nun die erste offizielle Aussage dazu, und die war negativ. Aber sie war so, dass man sagen konnte: „In der Sowjetunion ist es nötig. Bei uns ist es nicht nötig. Es gibt einen Unterschied in den Entwicklungsstadien. In dem einen Land sind die Dinge zu renovieren, aber wir schreiten ja erfolgreich voran.“ Damit war ein Muster für eine Erklärung gefunden, das dann vielfach variiert werden konnte. Da sich ja die Sowjetunion in der Tat massiv von der DDR unterschied, ging der Versuch erst einmal auf: Die DDR kriegte es ja z. B. irgendwie hin, ihre Bevölkerung zu ernähren, wenn auch, wie wir heute wissen, wesentlich schuldenfinanziert. Die Sowjetunion schaffte das bis zum Schluss nicht in einer angemessenen Weise. Man bekam das dort 70 Jahre lang nicht auf die Reihe, und darauf ließ sich dann natürlich in der DDR verweisen.

Gorbatschow war jedenfalls in den Lehrveranstaltungen regelmäßig präsent, und er wurde auch als Autorität zitiert. D. h. zugleich: Natürlich ließen sich die Liberalisierer auf dasselbe Spielchen ein wie die Hardliner. Sie argumentierten mit politischen Autoritäten, um wissenschaftliche Aussagen abstützen zu können. Das ist wissenschaftlich nicht ganz sauber, weder von der einen noch von der anderen Seite, aber es war unter den obwaltenden Umständen wichtig, dass man auf die Gorbatschow-Aussagen verweisen konnte, um den Autoritätsbeweisen der anderen Seite – die in der Regel mit Lenin- oder ausgewählten Marx/Engels-Zitaten argumentierten – mit gleichen Mitteln entgegenzutreten. Interessant war zu beobachten, wie die Waffen der traditionellen marxistischen Gesellschaftswissenschaft von denen, die anderes wollten, aufgegriffen wurden. Okun arbeitete sich beispielsweise bis dahin vor, dass er sagte: „Wir brauchen Parteienpluralismus. Ohne Parteien, die in einem realen Wettbewerb stehen, wird man nie zu einer Leistungsfähigkeit

von Interessenvertretungen gelangen.“ Aber ihm schwebte dann zunächst vor, dass man zwei Arbeiterparteien brauche.

Ich habe mir sagen lassen, der Umgang mit solchen Meinungsdivergenzen sei an der Leipziger Universität seit Mitte der 80er Jahre eher liberal gehandhabt worden. Es hatte sich z. B. die Auffassung durchgesetzt, dass es absurd wäre, eine Studentengeneration, die zwei westdeutsche Fernsehprogramme frei empfangen kann und damit aufgewachsen ist und die dann Gesellschaftswissenschaften studiert, von Informationsquellen künstlich abzuschneiden. Deswegen bekamen wir Ende der 80er Jahre in den gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen problemlos den sogenannten Giftschein, d. h. eine schriftliche Bestätigung, dass wir berechtigt sind, in den sogenannten Giftkabinetten – Leseräume für selektierte Literatur der Universitätsbibliothek und der Deutschen Bücherei – lesen zu können.

Das Kabinett in der Universitätsbibliothek war sehr gut ausgestattet. Es lagen alle westdeutschen Tageszeitungen vom Vortag frei zugänglich aus – für die, die in das Kabinett durften. Ich habe schnell bemerkt, dass jeder Artikel interessant ist, wenn man z. B. eine „Süddeutsche Zeitung“, die man sonst ja nicht jeden Tag hat, liest. Da wird man ewig nicht fertig. Ich habe es dann gelassen und mich auf das „Deutschland Archiv“ konzentriert. Das kam einmal im Monat. Damit hatte man auch genug zu tun. Das Absurde war, dass wir und auch unsere wissenschaftlichen Betreuer das „Deutschland Archiv“ lasen, um uns über die DDR zu informieren – über Dinge, die wir in der DDR selbst nicht erfuhren. Der sogenannte Giftschein betraf auch Bücher. Die Deutsche Bücherei hatte diesbezüglich einen Nachteil: Auf dem Giftschein stand das Thema, das man bearbeitete. Die bibliothekarischen Fachkräfte in der DB nahmen sich heraus, meine Bestellwünsche an Literatur mit meinem Thema abzugleichen und zu entscheiden, ob diese zu meinem Thema gehörten oder nicht. Das war ziemlich dreist, wie ich fand. Diese Anstrengungen gab es an der UB nicht. Die Beteiligung der Bibliotheken am Zensurwesen beim Literaturzugang, das sollte man mal noch bearbeiten.

Natürlich hatte die UB, was Bücher und Zeitschriften betrifft, sehr vieles nicht. Ich musste zur Bearbeitung meines Themas z. B. die „Herder-Korrespondenz“ lesen, weil diese sich seit den 50er Jahren zur Angewohnheit gemacht hatte, sehr ausführlich die Entwicklung des DDR-Katholizismus zu dokumentieren. Wenn die halb eigenständige Berliner Ordinarienkonferenz, in der die ostdeutschen Bischöfe zusammengefasst waren, einen Hirtenbrief veröffentlicht hatte, dann wurde dieser in der „Herder-Korrespondenz“ dokumentiert. Das war für mich der einfachste Weg, an diese ganze Sache heranzukommen, wenn ich nicht in irgendein Bistumsarchiv gehen wollte, wofür ich damals nicht die Zeit hatte. Diese „Herder-Korrespondenz“ aber gab es in der Leipziger UB nicht. Allerdings konnte man sie in der Staatsbibliothek in Berlin ausleihen, dort interessanterweise ohne Giftschein, und dort auch Kopien in Auftrag geben – deswegen las ich sie dort. Die Kopiermöglichkeit war für die DDR geradezu ein Luxus. Es gab eine quantitative Begrenzung. Man durfte, glaube ich, 40 Seiten auf einmal bestellen.

Ansonsten aber war natürlich die Deutsche Bücherei in Leipzig ein Glücksfall, weil sie seit 1913 das gesamte deutschsprachige Schrifttum sammelt. Bei den meisten Büchern, die ich dort bestellte, war ich offenkundig auch der erste Nutzer. Sehr viel von der Literatur zur DDR-Kirchenentwicklung, die in Westdeutschland erschienen war, hatte augenscheinlich noch nie jemand ausgeliehen, wie den Buckrücken anzumerken war.

*Weil: Haben Sie eine Stasiakte?*

Pasternack: Ja, aber lediglich acht Seiten stark. Darin sind nur zwei Vorgänge. Der eine bezog sich darauf, dass ich alle mögliche Literatur abonniert hatte. In der DDR bezog ich 38 Zeitungen und Zeitschriften – und bezahlte dafür so viel, wie ich heute für mein „FAZ“-Abo bezahle. Ich hatte versucht, mir systematisch Informationsquellen, eben auch schriftlicher Art, zu erschließen. Ich hielt z. B. die Zeitung der Wolgadeutschen „Freundschaft“, die in Kasachstan erschien. Die bekam ich mit drei Tagen Verspätung. Sie hatte einen großen Vorteil: Die DDR hatte sich nämlich irgendwann nach Gorbatschows Amtübernahme dazu entschlossen – was vorher nie gemacht worden war – die Referate eines Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gekürzt zu veröffentlichen. Und die „Freundschaft“ veröffentlichte diese Referate vollständig, zwar in dem etwas russisch affizierten Wolgadeutsch, aber das tat dem Verständnis der Texte keinen Abbruch. Zu den von mir abonnierten Zeitungen und Zeitschriften gehörten auch die „Umweltblätter“, „Grenzfall“, die Zeitung der Initiative Frieden und Menschenrechte usw. Die landeten immer alle in meinem Briefkasten in Halle, wo ich damals noch eine Wohnung hatte. Aus Sicht der Stasi hätte dieser Briefkasten so etwas wie eine informationelle Zeitbombe sein müssen. Wenn ich den einmal in der Woche aufmachte, war er immer randvoll gefüllt. Einer dieser Vorgänge in meiner kleinen Stasiakte bezieht sich darauf, dass einmal eine dieser Zeitungen in irgendeiner Postkontrolle einbehalten wurde und man dann verfolgte, wer der Empfänger war. Aber das ist offensichtlich im Sande verlaufen, weil die Rechercheure aus mir unerklärlichen Gründen in Karl-Marx-Stadt gelandet sind und mich dort gesucht haben, wo ich nun allerdings nie gewohnt hatte – ein Zeichen für mich, dass die Staatssicherheit wirklich an der Fülle ihrer Informationen selbst erstickt ist. Ein anderes Beispiel: 1987 war die Geschichte mit der Zionskirche in Berlin, bei der Bärbel Bohley und Vera Wollenberger u. a. verhaftet wurden. Da ist die Zeitschrift „Der Grenzfall“ einschließlich der Abonnentenkartei aufgefliegen. Spätestens da hätten die ja einen Vermerk in meiner Akte machen müssen. Ich nehme an, dass alle Abonnenten in diesem Zusammenhang einen Vermerk in ihrer Akte hätten bekommen sollen. Aber, wie gesagt, sie sind offenkundig an ihrer eigenen Informationsfülle erstickt. Der zweite Vorgang war ein Anwerbungsversuch, der 1988 im zweiten Studienjahr stattfand, seitens der HV A, also des Auslandsdienstes; ein etwaiger Auslandseinsatz setzte aber zunächst die „Bewährung im Inland“ voraus. Also, ich sag mal: Fünf Jahre früher und das Angebot, gleich ins Ausland zu gehen – ich weiß nicht, wie ich mich da entschieden hätte. Es hätte mich vielleicht gereizt, so ein Agentenleben im

Dienste des Friedens, wie man damals sagte. Aber dann, 1988, jedenfalls nicht mehr und erst recht nicht, wenn man sich, bevor man ins Ausland darf, im Inland „bewähren“ muss.

Als ich die Akte dann lesen konnte, war für mich interessant, dass der anwerbende Offizier, ein Leutnant meines Alters, der auf das Gespräch gut vorbereitet war, den Gorbatschowismus im MfS hervorhob – denn innerhalb des MfS gab es eine Gorbatschow-Fraktion. Er war ja von der HV A, also der Wolf-Truppe. Markus Wolf war zu dem Zeitpunkt allerdings schon nicht mehr im Dienst, er war 1986 in den Ruhestand gegangen. Der Bericht, der für den Anwerbenden immerhin eine Niederlage dokumentiert, weil ich abgelehnt hatte, enthält erstaunlicherweise eine ziemlich korrekte Darstellung des Gesprächsverlaufs mit der Ablehnung und der Ablehnungsbegründung. Ich hatte mir vorher schon Gedanken gemacht, was ich antworten würde, wenn so etwas einmal auf mich zukäme. An dem Tag war ich nicht darauf vorbereitet, weil ich offiziell zum Wehrkreiskommando zur „Überprüfung einer Wehrdienstangelegenheit“ vorgeladen worden war. So war ich zwar für den Augenblick nicht vorbereitet, aber, wie gesagt, ich hatte mich vorher schon damit beschäftigt – weil ich ja im Zuge meiner Kontakte in den Jungen Gemeinden und die kirchlichen Gruppen damit schon rechnete. Meine Ablehnungsbegründung war: 1) Ich kann nicht schauspielern; 2) ich hätte eher gedacht, dass ich Objekt statt Subjekt geheimdienstlicher Aktivitäten werde; 3) dass das MfS überhaupt solche Aktivitäten, wie sie mir jetzt angesonnen werden, unternehmen muss, hat meines Erachtens mit der insgesamt verfehlten Politik zu tun. Das hat der Offizier zu meiner großen Überraschung alles ziemlich genauso aufgeschrieben, wie ich es gesagt hatte.

Sonst aber findet sich in meiner Akte nichts. Möglicherweise hat das MfS auch gelegentlich richtige Gefährdungseinschätzungen vorgenommen. Da hat es in meinem Falle sicherlich richtig gelegen. Denn ich bin ja nie so richtig gefährlich für das System geworden. Ich habe keine Aktionen organisiert, und ich habe mich in den Kirchengruppen auch immer im Hintergrund gehalten, um nicht in Sprecherrollen zu geraten.

Ansonsten bin ich sehr unbefangen mit all dem umgegangen. Diejenigen, die ich in den Kirchengruppen kannte, wussten wiederum auch, dass ich Marxismus/Leninismus studiere. Die hielten das dann wohl wiederum für ein besonders sicheres Zeichen dafür, dass ich kein IM sein konnte, wobei wir den Begriff „IM“ damals noch nicht kannten: Wer so offensiv damit umgeht, dass er ML studiert, der kann es nicht sein. Und an der Universität hatte ich es sehr schnell so organisiert, dass meine Kontakte vornehmlich zu solchen Leuten bestanden, mit denen man offen reden konnte und mit denen es auch Spaß machte zu reden, weil man sich etwas zu sagen hatte.

*Weil: Was halten Sie von der Einschätzung, dass die Leipziger Studenten am Umbruch im Herbst 1989 so gut wie nicht beteiligt waren?*

Pasternack: Ich halte das für eine Legende und zwar aus zwei Gründen – es gibt ein defensives und ein offensives Argument. Das defensive ist: Der Umbruch in der DDR wurde

durch keine einzige Gruppe getragen, die durch gemeinsame soziale Merkmale gekennzeichnet war. Es waren nicht „die Arbeiter“, es waren nicht „die Gewerbetreibenden“, nicht „die Angestellten“, „die Wissenschaftler“ oder „die Künstler“, und genauso wenig waren es „die Studenten“. Es gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Träger dieses Aufbruches war. Insofern könnte man die Frage stellen: Warum ausgerechnet die Studenten? Warum war das die einzige Gruppe, der man es immer wieder einmal zum Vorwurf machte? Das einzige, was sich zugunsten dieses Vorwurfs anführen ließe, ist die treibende Rolle, die Studierende in der Tschechoslowakei oder in China gespielt haben.

Hier aber setzt das offensive Argument an. DDR-Studenten waren durchaus in relevantem Ausmaß im Herbst 1989 beteiligt, allerdings genauso wie auch andernorts: Nirgendwo war die Mehrheit der Studenten an politischen Bewegungen beteiligt – weder 1968 in der Bundesrepublik oder in den USA, noch auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, noch in Südkorea, auch nicht 1989 in der Tschechoslowakei. Vielmehr waren die Studenten, die überall dort aktiv waren, immer avantgardistische Minderheiten. Genau das gab es auch in der DDR, und das gab es auch in Leipzig.

Die Universität war als eine „rote Uni“ verschrien, weil sie besonders viele gesellschaftswissenschaftliche Studienrichtungen anbot. Aber deshalb hatte sie auch naturgemäß besonders viele Studierende mit politischen Interessen. Das führte dazu, dass im Oktober 1989 eine größere Anzahl von Studierenden – das kann man nicht quantifizieren, jedenfalls hat das niemand untersucht – an den Demonstrationen teilnahm. Außerdem begannen sofort auch in der Universität Veranstaltungen über das, was in der Universität verändert werden muss und wo die Universität Impulse geben könnte für den gesellschaftlichen Wandel insgesamt.

Am 11. und am 17. Oktober 1989 waren zwei Veranstaltungen im Studentenklub der Sektion Theologie, auf denen es darum ging, wie ein studentisches Vertretungsmodell aussehen könnte, das sich gegen die FDJ etablieren ließe. Aus der Sicht von heute wirkt das nicht besonders bedeutsam, aber an dieser Sache sind zwei Dinge auffällig. Erstens wusste damals niemand, dass wir mal in die Bundesrepublik eingehen werden und dass da natürlich für so etwas wie die FDJ, also eine politische Organisation, die politisch eindeutig positioniert ist und zugleich ein Vertretungsmonopol für die Studierenden wie die Jugend insgesamt beansprucht, ohnehin kein Platz im hergebrachten Sinne mehr sein wird. Zweitens: Das zweite Datum ist bemerkenswert, weil sich bei diesem Treffen Vertreter fast aller Sektionen trafen, d. h. es hatte in der Woche zwischen beiden Treffen bereits ein Auswahlprozess in den Sektionen stattgefunden. Jede Sektion durfte zwei Sprecher schicken. Das zeigt, dass da etwas begonnen hatte.

Deswegen würde ich diese These nicht bestätigen können, dass die Studierenden im Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen oder im Verhältnis zu dem, was man von ihnen – weil sie besonders klug und intelligent sind und nicht auf ihre Karriere Rücksicht

nehmen – erwartet, nicht so viel Anteil an 1989 gehabt hätten. Es gab sowohl auf der Straße als auch innerhalb der Universität Aktivitäten.

Innerhalb der Uni ging es zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen um ein eigenes studentisches Vertretungsmodell. Die FDJ sollte entmachtet werden. Dabei war uns klar: Wenn wir uns irgendwo bei der Wahl unserer Verfahren eine Blöße geben, sodass jemand die Legitimität dessen, was wir tun, begründet anzweifeln kann, dann gefährden wir das gesamte Unternehmen. Deshalb waren wir bis zum bürokratischen Exzess verfahrensorientiert. Am Ende ist der Studentenrat im Januar 1990 durch eine Urabstimmung mit einer grandiosen Beteiligung von 73 Prozent und über 93 Prozent Zustimmung als studentische Selbstverwaltung bestätigt worden.

Das hat alles einen irrsinnigen Aufwand gemacht, aber dieser war wichtig, um die Legitimation zu erhalten. Auch im Nachhinein betrachtet war das durchaus klug, weil dadurch der seinerzeit im Amt befindliche Rektor Hennig sah, dass wir das sehr ernst meinten. Nicht, dass er dem Neuen gegenüber von vornherein nicht aufgeschlossen gewesen wäre. Aber er musste merken und er merkte: Das ist die Struktur, die innerhalb der Studentenschaft eher getragen wird als die FDJ. Daher traf er im November 1989 die entscheidende Entscheidung – wie wir rückblickend festgestellt haben –, nämlich darüber, wer über die Ressourcen verfügt. Die Studentenschaft erhob damals noch keine Mitgliedsbeiträge, dafür gab es keine gesetzliche Grundlage. Wir waren als Studentenrat völlig ohne Geld. Die FDJ konnte, abgesehen davon, dass ihre Angestellten Arbeitsverträge mit der Universität hatten, über operative Mittel aus dem sogenannten Fonds junger Sozialisten verfügen. Der Rektor entschied nun, dass die Verfügungsgewalt über diesen Fonds von der FDJ auf den Studentenrat übergeht. Das war der entscheidende Punkt. Damit konnte die FDJ keine eigenständigen Aktivitäten mehr entfalten – jedenfalls nicht, wenn sie Ressourcen dazu benötigte –, und wir hatten plötzlich Geld und konnten agieren, z. B. Büromaterial kaufen und Flugblätter produzieren.

*Weil: Wie würden Sie die Studentenschaft bis 1991/92 charakterisieren? Was hat sie zu den Veränderungen innerhalb der Universität beigetragen? Vielleicht auch in Bezug auf eine Selbstreinigung.*

Pasternack: Es gab frühzeitig eine Konfrontationsanordnung, die im Nachhinein etwas bedauerlich ist. Sie bestand zwischen der „Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung der Universität“ und der Studentenschaft. Der dann gewählte Rektor Weiss stand faktisch zwischen beiden und versuchte immer zu vermitteln. Aus unserer Sicht agierte die Initiativgruppe ausgesprochen selbstgerecht, hatte auch zum Teil zweifelhafte Mitglieder. Sie ließen nicht erkennen, dass sie selbst ja zum Teil auch gut in der DDR zurechtgekommen waren. Es stört einen als jungen Menschen, wenn jemand schematische Schuldzuweisungen ausspricht, ohne von sich selbst zu sprechen. Erst wurden die Naturwissenschaftler generell von jeder Verantwortlichkeit innerhalb des DDR-Systems freigesprochen, und die Gesell-

schaftswissenschaftler waren gleichsam die stellvertretenden Bonzen. Die richtigen Bonzen waren inzwischen weg, jetzt wurde den Gesellschaftswissenschaftlern stellvertretend deren Rolle zugewiesen. Dann gab es die schematische Teilung zwischen Parteimitgliedern und Nichtparteimitgliedern. Die einen waren die „Gottseibeius“, und die anderen waren die geborenen Träger der Erneuerung für die Universität. Auf diese Schematismen, die mit Kollektivschuldzuweisungen operierten, haben wir ausgesprochen sensibel reagiert, zumal in der Initiativgruppe eben auch Leute waren, die nicht nur gut beleumundet waren, gerade unter dem politischen Aspekt.

Innerhalb dieser Konfrontation gab es auch keine wirklichen Gesprächsversuche. Es lagen Welten zwischen den beiden Gruppen, die sicher auch erst einmal Generationenwelten waren. Die Initiativgruppe bestand aus lauter Herren und einer Dame jenseits der 50, wir dagegen waren alle unter 30. Diese Konfliktanordnung hat einen Teil der Konzilsitzungen stark beeinträchtigt, und zwar nicht aus sachlichen Gründen, sondern auf der Basis gegenseitiger Unterstellungen. Prinzipiell wurde alles, was von den Studierenden kam, daraufhin abgeklopft, was jeweils die versteckte Botschaft sein könnte.

Dann gab es die nächste Dichotomisierung, als die Fokussierung auf die Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi begann. Das fing – unabhängig von den Universitäten – mit der Veröffentlichung von Namenslisten in der Zeitung an. Anschließend wurde die gesamte Universität eingeteilt in Nicht-IM und IM. Wir meinten, dass Wissenschaftler doch gerade darauf aus sein sollten, voranalytische Urteile, wie sie z. B. die öffentliche Debatte damals bestimmten, in Urteile höherer Gewissheit zu überführen. Was sind das für Wissenschaftler, so unser Empfinden, die mit einer derart populistischen und schematischen Einteilung einer gesamten Universitätsbelegschaft in solche Großkollektive operieren und meinen, daraus eine Erneuerung der Institution gestalten zu können? Das war uns ausgesprochen suspekt und machte es schwer, mit denen ins Gespräch zu kommen.

*Weil: Sie hatten aber nicht mit dem Vertrauensausschuss ein Problem, sondern nur mit der Initiativgruppe?*

Pasternack: Mit dem Vertrauensausschuss hatten wir kein Problem. Ich glaube, der hat auch sehr verantwortungsbewusst gearbeitet. Er war auch klug zusammengesetzt worden. Ich meine, das haben Weiss und Wartenberg organisiert. Die haben sich von der Initiativgruppe wenig hineinreden lassen. Im Nachhinein betrachtet ist das Problem des Vertrauensausschusses gewesen, dass es eigentlich zu früh war, weil damals doch eine sehr schematische Würdigung der Aktenlage stattgefunden hat. Das wiederum lag nicht an den Mitgliedern des Vertrauensausschusses, sondern daran, dass eine ausgefeilte Aktenhermeneutik noch nicht zur Verfügung stand. Ich weiß überhaupt nur von zwei Fällen an der Universität Leipzig, die sich zur Wehr gesetzt haben – beide Professoren –, weil sie wegen Stasi-Mitarbeit gekündigt werden sollten. Nur um anzudeuten, was sich dahinter verbergen kann: Der eine Fall hatte unverwertbare Berichte geliefert, wie die Stasi in ihren Berichten selbst

geschrieben hat. Die IM-Berichte bezogen sich ausschließlich auf Auslandsreisen. Er hat also nicht Leute an der Universität bespitzelt. Da es sich um einen Sprachwissenschaftler handelte, keinen Germanisten, musste er Auslandsreisen unternehmen, um sein Forschungsgebiet betreiben zu können. Und, nun das Entscheidende, diese Stasiverbindung war auf Initiative des Betroffenen in den 70er Jahren wieder eingestellt worden. Offensichtlich wusste man Anfang der 90er Jahre nicht, wie es angemessen zu würdigen ist, dass jemand von sich aus die Verbindung zum MfS löst. In den zwei Fällen, die sich gewehrt haben, hat es dann eine intensivere Einzelfallüberprüfung gegeben, die dazu führte, dass beide an der Universität bleiben konnten. Aber das hat Kraft gekostet. Die Einzelfallüberprüfung des einen Kollegen fand im SMWK statt. Die andere Kollegin musste erst vor Gericht gehen.

*Weil: Wie erinnern Sie das erste Konzil und die studentische Mitbestimmung nach der „Wende“?*

Pasternack: Das Konzil – 500 Mitglieder in viertelparitätischer Zusammensetzung – hatte bis zum Schluss immer wieder Probleme mit seiner Beschlussfähigkeit. Es gab sehr zeitig so eine ordinariale Grundtendenz, dass die Professoren anzweifeln, ob das mit dieser Viertelparität sinnvoll und sachlich gerechtfertigt sei. Das war ein Dauerthema der 90er Jahre. Die Mitbestimmung war aber dennoch gegeben – die Kommission Studium und Lehre war zur Hälfte mit Studenten besetzt, der Verwaltungsrat des Studentenwerkes ebenfalls. Es war dann immer eher das Problem, diese vielen Plätze auch zu besetzen. Im Senat und in den Fakultätsräten war die Ausgestaltung der Mitbestimmung immer sehr stark von Personen abhängig. So richtig gern ist ja niemand Dekan – jedenfalls war das damals so. Das hatte zur Folge, dass seinerzeit ständig die Dekane wechselten. Das wiederum hatte zur Folge, dass Wartenberg und Pasternack innerhalb kürzester Zeit die altgedienten Hasen im Senat waren, weil sie von der Senatsmitgliedschaft her die „ältesten“ waren. Ich saß traditionell in den Senatssitzungen dem Präsidium gegenüber. Das hatte den Vorteil, dass man als erster gesehen wird, wenn man sich meldet, dass man dieselbe Aufmerksamkeit wie der Sitzungsleiter bekommt, weil die Köpfe einfach nur umschwenken müssen. Wenn man dann irgendetwas sagt, das sachdienlich ist und einen Aspekt in die Diskussion einbringt, der vorher nicht bedacht worden war, der aber unmittelbar einleuchtend ist – das konnte ich dann in der Regel, aber nicht weil ich besonders klug war, sondern weil ich einfach akkumuliertes Selbstverwaltungswissen hatte. Der Kanzler war neu, die Dezernenten soweit sie im akademischen Senat vortragen mussten, waren neu, die Dekane waren zum Teil aus dem Westen zugezogen, also mit den hiesigen Dingen völlig unvertraut. Da hatte ich dann also recht schnell eine Position, die, was die Beeinflussung von Diskussionen in diesem Gremium betraf, meine formale Position überstieg. Ähnlich war das in den Fakultätsräten immer abhängig von Personen. Es gab auch dort Leute, die wir gewissermaßen als Bündnispartner für studentische Anliegen hatten, weil es inhaltliche

Übereinstimmungen gab. Diese Einflussmöglichkeiten waren aber wenig formalisiert, außer in den Bereichen, wo man sagte: Da ist eine besonders intensive studentische Beteiligung unmittelbar evident, z. B., wie gesagt, die Kommission Lehre und Studium und der Verwaltungsrat des Studentenwerkes.

*Weil: Sie waren Sprecher des ersten Studentenrates nach 1989?*

Pasternack: Ich saß von Februar 1990 bis 1995 für die Studierenden im Akademischen Senat. Ab September 1990 gab es erstmals StuRa-Sprecher, die für ein ganzes Jahr amtierten, während es anfangs eine in mehrmonatigem Abstand wechselnde Rotation gegeben hatte. Seit September 1990 war ich also StuRa-Sprecher. Zunächst versammelte sich im Studentenrat eine ganz positive Auslese aus den Studierenden, nämlich Leute, die schon in der DDR studiert hatten, dadurch den Laden kannten, sich an den Zuständen bereits vorher gerieben hatten und Veränderungen wollten, Vorstellungen davon hatten, wie man das machen könnte, und die in der Regel rhetorisch begabt waren. Die trafen sich alle in dieser studentischen Selbstverwaltung. Das hielt aber nur ungefähr ein Jahr an. Der Grund: Die Aktiven entdeckten in den neuen Verhältnissen dann natürlich auch alle möglichen anderen Varianten, sich einzubringen und sich selbst zu entfalten zu können, und dies auch auf Gebieten, die sie unter Umständen noch mehr interessieren, als die Universität umzukrempeln. Dieser erste Jahrgang des Studentenrates, das war jedenfalls eine ganz aparte Auslese aus der damaligen Studentenschaft.

Danach kam es zu einer Normalisierung, die mit den westdeutschen Verhältnissen sehr gut vergleichbar ist. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sich in der studentischen Selbstverwaltung zwei Gruppen von Menschen treffen. Zum einen sind das Leute, die schon immer Sprecher von irgendetwas waren und zum beträchtlichen Teil dann auch mal Führungspositionen, häufig auch im politischen Bereich, erlangen werden. Für sie ist diese studentische Selbstverwaltung Bestandteil des politischen, z. B. parlamentarischen Lehrlingswesens. Zum anderen gibt es die Gruppe derjenigen Studenten, die Schwierigkeiten haben, in anderen Bereichen, etwa Sport oder beim anderen Geschlecht, soziale Anerkennung zu erfahren. Für sie ist dieser studentische Vertretungsbereich eine recht gute Variante, sich sozial in eine Gruppe integrieren und gleichzeitig auch noch eine herausgehobene Rolle wahrnehmen zu können, die ihnen sonst versagt ist, weil ihnen die soziale Anerkennung in anderen Bereichen fehlt. Diese beiden Gruppen findet man in jedem AstA, in jedem Studentenrat. Das hat sich dann sehr schnell ab 1991 auch in der Studentenschaft der Universität Leipzig so ergeben und besteht so wohl bis heute.

*Weil: Würden Sie der Universität Leipzig in ihrer Entwicklung 1989 bis zu Beginn der 90er Jahre Besonderheiten zuschreiben?*

Pasternack: Etwas ganz Besonderes würde ich der Universität Leipzig eigentlich nicht attestieren können. Dass die Universität in Leipzig lag, dafür konnte sie erst einmal nichts. So

aber ergab sich die besonders starke Involvierung in die gesamten Ereignisse des Oktobers 1989. Wir hatten hingegen nicht, wie z. B. die Berliner Universität, einen Rektor wie Heinrich Fink in seiner Ambivalenz – erst als ein sehr charismatischer und von den Studenten geradezu geliebter Rektor, der dann diesen extremen Absturz erlebte, nachdem seine IM-Mitarbeit, die zunächst nicht richtig bewiesen war, bekannt wurde. Das waren Turbulenzen, die uns erspart geblieben sind. Wenn wir einmal davon absehen, dass 60 Prozent des gesamten wissenschaftlichen Personals der Leipziger Universität ihre Arbeitsstelle verloren haben, was allerdings eine höchst dramatische Zahl ist, dann war es vergleichsweise undramatisch abgelaufen – im Rückblick betrachtet. Es gab dann noch die Auseinandersetzungen, ob der Universitätsname „Karl Marx“ beibehalten werden soll. Es gab Auseinandersetzungen um die Abwicklung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Institute, um das Hochhaus der Universität, die Grundordnung, die Fakultätsgliederung und das Fächerspektrum. Unterm Strich hätte die Universität gute Voraussetzungen gehabt, ihren vergleichsweise guten Ruf, den sie anfangs hatte, aufrechtzuerhalten. Sie hatte ja nicht nur das Etikett, eine besonders rote Universität zu sein, sondern auch einen sehr guten fachlichen Ruf, insbesondere im medizinisch-naturwissenschaftlichen Bereich, aber auch in den kleineren Geisteswissenschaften, Archäologie, Ägyptologie usw. Aus diesem Ruf hätte man später sicher mehr machen können. Natürlich spielen da immer viele Elemente mit hinein, z. B. ist es sicherlich so, dass dieses Milieu in Dresden zwischen Staatsregierung, Stadt und Technischer Universität für letztere glückliche und für alle anderen sächsischen Hochschulen weniger glückliche Auswirkungen hatte. Aber die Universität Leipzig hat häufig auch recht unklug agiert. Doch etwas ganz besonders Spektakuläres vermag ich nicht zu entdecken.

### Interview mit Professor Dr. Ulla Fix, Gisela Meyrose und Dr. Volker Riede am 14.07.2008

*Weil: Es geht um den Vertrauensausschuss und die Personalkommission. Wie sind die Ausschüsse zustande gekommen, wie sind Sie dazu gekommen? Es geht um die Ergebnisse, die Arbeitsweise und im Rückblick auch darum, wie zufrieden Sie mit Ihrer Arbeit sind. Was ich für besonders wichtig halte ist, dass es doch schon eine Ausnahme darstellt, was an der Universität Leipzig passiert ist. Ich nenne es eine anfängliche Selbstreinigung, ohne dass von außen bereits ein Interesse daran bestand.*

Fix: Der Vertrauensausschuss war eine Angelegenheit der Universität Leipzig selbst. Unter den Kollegen hatte sich eine Gruppe gebildet, die die Überprüfung und in diesem Sinne die Reinigung der Universität wollte. Ich kann dazu nichts Genaueres sagen, weil ich an der Arbeit der Kommission nicht beteiligt war. Zu dieser Zeit hatte ich eine Gastprofessur in Saarbrücken. Als ich im Sommer 1990 nach Leipzig zurückkam, war es soweit, dass der Vertrauensausschuss durch die Arbeit der Personalkommission abgelöst werden sollte. Die Personalkommission war nun nicht mehr eine innere Angelegenheit der Universität, sondern eine Landesangelegenheit. Im Nachhinein möchte ich sagen, dass dies eine sehr gut vorbereitete Arbeit war. Die Arbeitsordnung für die Personalkommissionen enthielt Regelungen, die für die Evaluierung sehr geeignet waren, auch wenn es um schwierige Fälle ging. Man muss sich ja überlegen, dass vorher niemand von den Beteiligten eine solche Arbeit gemacht hatte – es gab keine Erfahrungen, auf denen man aufbauen konnte –, sondern dass diese Arbeitsordnung ad hoc aus dem Boden gestampft werden musste. Ich finde, sie war sehr vernünftig, wenn man sich auch Einzelheiten mal etwas klarer oder anders gewünscht hätte. Aber es gab dann auch noch Änderungen in den Ausführungsbestimmungen.

Riede: Die Schwierigkeiten am Anfang waren auch deshalb relativ groß, weil Leute noch etwas zu sagen hatten, die vor der „Wende“ in leitenden Positionen tätig waren. Da gab es Behinderungen und Probleme ganz einfacher Art. Als wir beispielsweise begannen, die Akten zu sortieren – in kleinen finsternen Räumen, die Akten auf den Knien – waren wir natürlich auch nicht sicher, ob wir alles das bekommen würden, was an Akten vorlag.

*Weil: Wie viele Personen haben der Personalkommission angehört? Soviel ich weiß, bestand die Personalkommission aus mehreren Teilen, jeweils zugeordnet den Geisteswissenschaften, den Naturwissenschaften und der Medizin. Wer war dabei und wie wurde man in diese Personalkommission gewählt?*

Fix: Der Vorgang der Besetzung der Personalkommission sollte ganz dezidiert öffentlich erfolgen, d. h. die Dekane und auch die Institute und andere Gremien wurden aufgefordert, Vorschläge zu machen. Das war ein durchsichtiger Vorgang. Die Vorschläge wurden an den Rektor weitergeleitet. Danach wurden die drei Kommissionen zusammengesetzt. Der

Günther Heydemann, Francesca Weil (Hrsg.)

Unter Mitarbeit von Uwe Hofmann

Beiträge zur Leipziger Universitäts-  
und Wissenschaftsgeschichte

(BLUWiG)

Im Auftrag des Rektors der Universität Leipzig herausgegeben  
von Enno Bünz, Detlef Döring, Klaus Fitschen, Ulrich von Hehl, Günther Heydemann,  
Bernd-Rüdiger Kern, Dieter Michel, Ortrun Riha, Manfred Rudersdorf,  
Günther Wartenberg (†), Gerald Wiemers, Hartmut Zwahr

Reihe B

Band 16

„Zuerst wurde der  
Parteisekretär begrüßt,  
dann der Rektor ...“

Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990)

UNIVERSITÄT LEIPZIG

EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT

Leipzig

## Vorwort der Reihenherausgeber

Die Leipziger Alma Mater kann im Jahr 2009 auf sechshundert Jahre kontinuierlicher Universitäts- und Wissenschaftsentwicklung zurückblicken. Nach heftigen Auseinandersetzungen an der Universität Prag und dem Auszug zahlreicher Magister und Scholaren wurde die Leipziger Universität im Jahr 1409 gegründet, in einer Zeit vielfältiger Wandlungen und Umbrüche der spätmittelalterlichen Gesellschaft. Schon bald erlangte sie unter den Bildungseinrichtungen in Mitteldeutschland eine führende Position, die sie durch die Zeitläufe behaupten und ausbauen konnte. Ihre wissenschaftliche Ausstrahlung blieb über allen gesellschaftlichen und politischen Wandel und auch über die Diktaturen des 20. Jahrhunderts hinweg ungebrochen. Heute ist die Leipziger Universität die zweitälteste Institution ihrer Art in Deutschland.

Zur Vorbereitung des sechshundertsten Gründungsjubiläums wurde vom Akademischen Senat eine »Kommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« berufen, unter deren fachlicher Leitung die für das Jubiläum betriebenen wissenschaftlichen Forschungen und Arbeiten angeregt und koordiniert werden sollen.

Ihrer Initiative entstammt auch das Vorhaben, zur Entlastung der geplanten Universitätsgeschichte in einer wissenschaftlichen Reihe die Forschungserträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte fächerübergreifend zusammenzufassen und sie einer interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Reihe trägt den programmatischen Titel »Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« (BLUWiG). Sie ist in zwei Abteilungen gegliedert, von denen die eine (Reihe A) umfangreichere Monographien und Sammelbände, die andere (Reihe B) kleinere Abhandlungen enthält.

Durch die Reihe, die allen historischen Epochen und Themenbereichen einer 600-jährigen universitären Tradition offensteht, soll die für das Jubiläumsvorgesehene Gesamtgeschichte der Leipziger Universität eine Vertiefung und Ergänzung erfahren. Das thematische Spektrum wird unter drei Leitgedanken aufgefächert: Es sollen Einzeluntersuchungen Aufnahme finden, die das universitäre Leben anschaulich machen sowie die Beziehungen der Universität zu Leipzig und zu Sachsen beleuchten. Ferner soll die Universität als »universitas«, als Rechts- und Personenverband, vorgestellt werden, und schließlich ist der Anteil der an der Leipziger Universität betriebenen Forschung innerhalb der einzelnen Fachgebiete und im Verhältnis zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt allgemein zu dokumentieren.

Die Herausgeber können dabei auf einer reichen historiographischen Tradition von Arbeiten zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte aufbauen. Stellvertretend sei hier auf die Forschungen zur 500-Jahr-Feier hingewiesen: Wesentliche Veröffentlichungs- und Editionsleistungen zur Geschichte der Universität haben anlässlich des Jubiläumsvorgesehene unter anderem Georg Erler, Friedrich Zarncke und Karl Boysen vorgelegt. Diese Tradition gilt es fortzuführen und mit neuen Forschungen an den aktuellen Forschungsstand zur deutschen und europäischen Universitäts-, Wissenschafts- und Bildungsgeschichte anzuknüpfen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH, Leipzig

Printed in Germany · H 7336

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Uwe Hofmann, Leipzig

Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-02705-7

[www.eva-leipzig.de](http://www.eva-leipzig.de)

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
1. Einleitung	13
2. Zeitzeugeninterviews	23
Professor Dr. Karlheinz Blaschke	23
Professor Dr. Dr. Gottfried Geiler	31
Professor Dr. Ulrich Kühn	49
Professor Dr. Manfred Bierwisch	59
Professor Dr. Balthasar Wohlgemuth	74
Professor Dr. Karlheinz Hengst	91
Professor Dr. Siegfried Waurick	101
Professor Dr. Uwe-Frithjof Haustein	113
Professor Dr. Helmar Junghans	136
Professor Dr. Cornelius Weiss	158
Professor Dr. Elke Blumenthal	184
Dr. Volker Riede	201
Professor Dr. Harry Schröder	215
Professor Dr. Ralf Der	236
Dr. Georg Fiedler	245
Professor Dr. Ulla Fix	264
Helga Hassenrück	288
Professor Dr. Frank Emmrich	303
Dr. Monika Runge	315
Dr. Fritz König	332
Professor Dr. Christina Schröder	339
Dr. Jürgen Krätzer	350
Dr. Kristina Kasek	358
Professor Dr. Dieter Rink	368
Professor Dr. Michael Geyer	383
N. N.	395
Dr. Peer Pasternack	403
Personalkommission: Professor Dr. Ulla Fix, Gisela Meyrose und Dr. Volker Riede	419